

nr. 6 – sept/okt 2015

# ecke köpenicker

Seite 3: Die Genossenschaft Rungestraße 20 Seite 6/7: Flüchtlinge vorm LaGeSo in Moabit

Seite 8: Ferienwohnungen – Beschlagnahme möglich Seite 9: Ärger ums A&O Hostel



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.  
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



## Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und erkennen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an [ecke.koepenicker@gmx.net](mailto:ecke.koepenicker@gmx.net)

Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 12. Oktober.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Eckgebäude Runge- und Brückenstraße. Gewinner des Büchergutscheins ist Karl Einer – herzlichen Glückwunsch!

## WBM baut an der Köpenicker Straße

### Runder Tisch will Beteiligung der Städtebaulichen Kriminalprävention

Die Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM) will auf dem Parkplatz vor den Plattenbauten der Köpenicker Straße 104 bis 114 mehrere neue Wohngebäude errichten. Ein Preisgericht entschied am 14. September über die eingereichten Architektenentwürfe. Der Sieger-Entwurf soll später öffentlich ausgestellt werden, berichtete die Projektentwicklerin der WBM, Christine Kunz, beim »Runden Tisch Köpenicker Straße«. Ein Lärmschutzgutachten habe die Machbarkeit der Wohnbebauung direkt gegenüber den Clubs in der Köpenicker Straße bestätigt. Man werde die Wohnungen zudem mit Schallschutz versehen. Die geplanten fünf Punkthäuser mit insgesamt ca. 150

Wohneinheiten werden zudem eine Tiefgarage erhalten, die auch den Mietern zur Verfügung stehen soll, deren Parkplätze aufgegeben werden müssen. Wie viele Stellplätze insgesamt entstehen, konnte die Sprecherin noch nicht sagen.

Der »Runde Tisch Köpenicker«, an dem auch Vertreter der Clubszene im Gebiet sowie Eigentümer von direkt benachbarten Häusern beteiligt sind, äußerte großes Interesse an einer offenen Kommunikation über das Bauprojekt: Als dringlichstes Problem im direkten Umfeld wird derzeit der sich ausbreitende Drogenhandel erkannt. Er verunsichert viele Mieter nachhaltig und habe sogar schon Familien zum Wegzug bewogen. Deshalb sei es sinnvoll, jetzt die Fachkenntnis der Städtebaulichen Kriminalprävention des LKA Berlin zu nutzen und ein gemeinsames Konzept zu entwickeln: Die WBM würde mit ihrem Neubauvorhaben dabei die entscheidende Rolle spielen. Auch andere Eigentümer sowie die Clubs selbst haben daran ein großes Interesse. cs

## Termine

### Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Str. 101, demnächst also am 20. Oktober und am 17. November. Die Sitzungen der BV sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die Betroffenenvertretung ist ein wichtiges Gremium und die Interessenvertretung der Bürger im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen der BV sind öffentlich, hier kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter!

### »Runder Tisch Köpenicker Straße«

Der Runde Tisch berät über Lösungsmöglichkeiten für Probleme im Gebiet, insbesondere Drogen, Lärm, Müll und Verkehrsströme, die durch die starke touristische Belastung und die Clubszene entstehen. Eigentümer, Mietervertreter, Club- und Hostelbetreiber, Polizei, Ordnungsamt tagen zusammen mit dem Präventionsbeauftragten des Bezirks als Moderator. Die Runde findet alle zwei Monate statt und ist öffentlich. Nächster Termin: 2. November 2015, 11 Uhr, Stadteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101.

### Nächste »Ecke Köpenicker«

erscheint ab 22. Oktober. Redaktionsschluss ist Freitag, der 9. Oktober.

Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

**Redaktion:** Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

**Redaktionsadresse:** »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, [ecke.koepenicker@gmx.net](mailto:ecke.koepenicker@gmx.net)

### Fotoredaktion:

Christoph Eckelt, [eckelt@bildmitte.de](mailto:eckelt@bildmitte.de)

**Entwurf und Gestaltung:** capa, Anke Fesel, [www.capadesign.de](http://www.capadesign.de)

**Druck:** Henke Druck, [info@henkepressdruck.de](mailto:info@henkepressdruck.de)

**Vi.S.d.P.:** Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

## Auf'm Dach von Berlin

### Die Rungestraße 20 entstand 2000 als Genossenschaftsmodell

Ein riesiger Kran dreht sich über dem Areal am Spreeufer. Auf dem Grundstück Rungestraße 21 ziegelt ein Projektentwickler gerade 123 teure Eigentumswohnungen hoch, eine tiefe Baugrube klappt. Den Druck bekommen auch die Nachbarn zu spüren: Große Risse zeigen sich inzwischen im Mauerwerk der Rungestraße 20, einem alten Gebäudekomplex mit Fabriketagen, Wohnungen und zwei Höfen. Er ist das Zuhause eines ganz besonderen Projekts, wie man es inzwischen kaum noch in Berlin findet: eine Mietergenossenschaft betreibt seit 2000 das Haus in Selbstverwaltung mit mietpreisgebundenen Wohnungen, 24 geförderten Ateliers und anderen Gewerberäumen für Kulturprojekte. Zu den Mietern und Genossenschaftlern gehören u.a. die Computertexten von c-base, die Schauspielschule »Europäisches Theaterinstitut«, das »Rote Antiquariat«, die games academy (eine Hochschule für die Ausbildung zum Spiele-Designer), Grafik- und Medienbüros.

»Dallgow, Ruhe, ick muss noch arbeiten«, sagt Herr Schmidt. Dallgow ist ein lebhafter schwarzer Rüde und sein Herrchen, der Mann, den hier alle nur Herr Schmidt nennen, ist hier sozusagen der Hausmeister. Er schließt den alten Lastenfahrstuhl auf, mit dem man bis zum Dach fahren kann. Von hier aus sieht man die Spree, den Fernsehturm und auch die riesige Baustelle nebenan. Hier, auf dem Dach der Runge 20, wurde 2003 nach anstrengender Sanierung die Einweihung des Genossenschaftsprojekts gefeiert.

Alles begann im Jahr 2000, als die Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM) den Gebäudekomplex verkaufen wollte. Um zu verhindern, dass die im Haus ansässigen Mieter und Projekte durch Investoren vertrieben werden, engagierte sich Jutta Weitz – damals bei der WBM für Gewerberaumvermietung zuständig – für ein Genossenschaftsmodell. Denn es gab so viele Berliner Kultur- und Sozialprojekte, die durch Aufwertungsprozesse in der Innenstadt gerade ihre Domizile verloren, und neue Projekte und Mieter, die dringend Räume suchten.

Die Genossenschaft zu gründen und das Grundstück zu sichern, war für alle Partner harte Arbeit – Verhandlungen mit der WBM über den Verkauf des Grundstücks, mit dem Senat über Fördermöglichkeiten, mit potentiellen Mietern und Genossenschaftlern, mit der GSE als gemeinnütziger Träger für die Ateliers. Man muss sich das als ein langwieriges Puzzle vorstellen, ebenso wie die Finanzierung: Kredite, Genossenschaftsanteile, Eigenleistungen, Fördermittel und -verträge. Doch nur so wurde das Genossenschaftsmodell möglich, und nur dieses ermöglicht seit 15 Jahren ein Projekt, in dem Menschen zu günstigen Mieten wohnen, arbeiten und leben können.

»Es war eigentlich das letzte Projekt im senatsgeförderten Selbsthilfeprogramm«, sagt Jutta Weitz. Mit diesem Programm wurden seit 1990 Hausprojekte gefördert, deren Bewohner selbst viel Arbeit investierten, um die alte Bausubstanz zu retten. Ungewöhnlich ist, dass in der Runge 20 sogar die WBM selbst und der damalige Finanzstadtrat des Bezirks zu den Gründungsmitgliedern der Genossenschaft gehörten.

Dann folgte bis 2003 eine umfangreiche Sanierung des maroden Gebäudekomplexes. »Wir sind damals eigentlich pausenlos von einer Etage in die andere umgezogen«, erinnert sich Werner Oldiges, der Leiter Europäischen Theaterinstituts, einer anerkannten Schauspiel-



schule, die 2000 hergezogen war. »Von Montag bis Freitag gab es den Theaterunterricht – am Wochenende waren wir dann Bauarbeiter. Es war die Pionierphase. Aber hätten wir diesen Standort nicht gehabt, hätten wir uns nie so entwickeln können.« Oldiges ist auch Mitglied des Aufsichtsrats der Genossenschaft.

Eici Sonoda ist Künstler und betreibt außerdem das Café im Erdgeschoss der Runge 20. Der Flur ist vollgestellt mit seinen malerischen Arbeiten, lauter Stadtansichten. In seinem Café treffen sich oft die Bewohner und Mitarbeiter des Hauses und die Studenten, die herkommen.

Herr Schmidt schlingt jetzt hastig noch eins von Eicis belegten Brötchen hinunter, dann geht es auf in den Rundgang durchs Haus. Er führt in den Keller, wo er derzeit zusammen mit Torsten Hochmuth in einem stillgelegten Fahrstuhlschacht ein Museum für Computerprogrammiersprachen aufbaut. Herr Schmidt war auch zehn Jahre lang Mitglied von c-base, dem Computerclub, der im Hinterhaus residiert. Im Erdgeschoss am Spreeufer sitzen Besucher mit Blick aufs Wasser (obwohl sie eigentlich oft nur auf ihre Monitore schauen), im dunklen Kellergeschoss gibt es eine Werkstatt mit Rechnern, unglaublich viel Werkzeug und sogar eine Nähmaschine.

Konflikte im Haus bleiben natürlich nicht aus, wenn viele Mieter und Genossenschaftler sich einigen müssen und Räume für Kulturprojekte knapp sind. »Es ist immer alles voll. Aber die Konflikte wurden hier nie bösartig ausgetragen«, sagt Wulf Coulmann von der Grafikdesign-Werkstatt Coulmann & Coulmann, die zuvor in Kreuzberg arbeitete. Dort wurde aber der Eigentümerdruck zu groß. Dann fanden sie in der Runge 20 eine neue Heimat. Wer Teil der Genossenschaft ist, genießt auch Sicherheit vor Verdrängung. »Wir haben alle investiert, uns wurde nichts geschenkt – dafür ist dann aber auch das Risiko überschaubar.«

Ein nicht überschaubares Risiko für die Genossenschaft ist nun allerdings die Bautätigkeit auf dem Nachbargrundstück, wo die Eigentumswohnungen entstehen. Die Schäden an der Rungestraße 20 werden immer größer, die Störungen für alle, die hier leben und arbeiten, sind enorm. Die Klärung zum Schadensausgleich durch den Projektentwickler nebenan ist kompliziert, er spielt auf Zeit. Die Genossenschaft hat ihm einen Vorschlag zum Ausgleich der Schäden unterbreitet, der jedoch abgelehnt wurde. Es ist kein guter Anfang für eine Nachbarschaft, die ohnehin schwierig werden dürfte: 123 Einzeleigentümer, die Geld in ihr vermeintliches Luxusquartier investieren, neben einer Genossenschaft mit bezahlbaren Mieten und vielen Kulturprojekten.

Oben auf dem Dach, über den Dächern von Berlin, sitzt Herr Schmidt. Nebenan dreht sich unablässig der große Kran für 123 Eigentumswohnungen. us



# Nutzer gefragt!

Der Stadteilladen »dialog 101«

Seit dem Frühjahr hat das Büro KoSP als Gebietsbeauftragter für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt die Räumlichkeiten an der Köpenicker Straße 101 als Stadteilladen übernommen.

Der Laden bietet Platz und Möglichkeiten für vielfältige Aktivitäten: Er dient als Treffpunkt und Arbeitsort für unterschiedliche Akteure und Veranstaltungen im Sanierungsgebiet »Nördliche Luisenstadt«. Hier tagen u. a. die Betroffenenvertretung und der Sanierungsbeirat, finden Planungswerkstätten und Diskussionsrunden statt. Das KoSP (Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement), bietet ab 28. September immer montags von 14 bis 18 Uhr Sprechstunden für Bewohner und Nutzer des Quartiers an.

Der Stadteilladen »dialog 101« steht aber auch lokalen Akteuren, gemeinnützigen Vereinen und Initiativen aus dem Gebiet als Begegnungs- und Veranstaltungsort zur Verfügung! Die Räume erlauben die Durchführung von Arbeitsgruppen-Treffen, Besprechungen, Seminaren oder Tagungen. Möglich sind auch Beratungsangebote, Kulturveranstaltungen (z. B. Lesungen oder Ausstellungen) oder die Realisierung sozialer Projekte. Der Verein KREATIVHAUS e.V. betreibt im Laden bereits eine Nähwerkstatt und die Kleiderkammer.

Der Stadteilladen kann sowohl für einmalige als auch für regelmäßige Veranstaltungen genutzt werden. Er ist zentral gelegen (am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße) und barrierefrei im Erdgeschoss zugänglich.

Nutzungsinteressenten wenden sich bitte telefonisch oder per E-Mail an das Koordinationsbüro. Anzugeben sind der gewünschte Zeitraum, die Art der Nutzung sowie die Kontaktdaten (E-Mail, Telefon, Adresse). Nutzungen und Aktivitäten mit Gebietsbezug sind kostenfrei. Auf Wunsch kann der Stadteilladen besichtigt werden.

Der Raum- und Belegungsplan sowie die Nutzungs- und Gebührenordnung werden in Kürze auf der Webseite zum Sanierungs- und Fördergebiet veröffentlicht: [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de)



## Spreeufer-Workshop am 10. Oktober

Das Bezirksamt Mitte und das KoSP (Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement) laden interessierte Bürger der Luisenstadt, Anwohner und Nutzer am Spreeufer zum 2. Workshop zur Spreeuferentwicklung ein! Nachdem beim ersten Workshop am 27. Juni die Ergebnisse der Grundlagenermittlung vorgestellt und Themen wie die Verkehrsgestaltung am Spreeufer (Fußgänger-, Rad und Rettungswege), Grüngestaltung und Geschichtsvermittlung in Arbeitsgruppen diskutiert wurden, soll es beim zweiten Workshop vor allem um die Realisierbarkeit der eingebrachten Vorschläge und Ideen gehen. Die Ergebnisse der Workshops sollen in die Auslobung eines landschaftsplanerischen Wettbewerbs einfließen, der für 2016 geplant ist.

Für die Teilnahme am Workshop ist keine Anmeldung erforderlich. Die Veranstalter sorgen für die Verpflegung der Teilnehmer. Auf Wunsch kann eine Kinderbetreuung während der Veranstaltung organisiert werden. Weitergehende Informationen findet man auch auf der Website zum Fördergebiet Luisenstadt [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de) und auf den Seiten des Onlineforums: [forum.luisenstadt-mitte.de](http://forum.luisenstadt-mitte.de)

Workshop am 10. Oktober, 12–18 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, U-Bahnhof (U8) Heinrich-Heine-Straße

## Geschichte denken Spreeufer gestalten

Die öffentliche Veranstaltung befasst sich mit der Frage, wie Geschichte – historische Orte, Ereignisse und Personen – bei der künftigen Gestaltung des Spreeuferwegs zwischen Märkischem Museum und der Schillingbrücke berücksichtigt werden können. Vertreter von Berliner Kultur- und Geschichtsprojekten sowie Gedenkstättenfachleute diskutieren über die historische Bedeutung des Spreeraums und zeitgemäße Formen des Erinnerns. Ziel ist es, Empfehlungen zur Umsetzung zu erarbeiten. Diese Empfehlungen fließen in den zweiten Spreeufer-Workshop am 10. Oktober ein. Hier sollen die Grundlagen für einen Wettbewerb zur Gestaltung des Spreeufers erarbeitet werden, der für das Jahr 2016 geplant ist.

22. September, 16–21 Uhr, im DAZ – Deutsches Architekturzentrum, Köpenicker Straße 48, keine Anmeldung erforderlich.  
Kontakt + Details: Eberhard Elfert, [www.elfkonzept.de](http://www.elfkonzept.de)

## Kommentar

### »Großschadensereignis«

Dieses sperrige Wort muss man sich merken. Denn erst bei einem »Großschadensereignis« darf in der deutschen Bürokratie ein Katastrophenfall ausgerufen werden. Der wiederum würde es einfach ermöglichen, dass zusätzliche Hilfskräfte freigestellt werden können, um unbürokratisch zu helfen – beispielsweise Flüchtlingen.

Es ist ein sehr denkwürdiger europäischer Sommer. Mitte Juli redeten noch alle über die Krise in Griechenland. Dann klagten im englischen Fernsehen Touristen über Flüchtlinge auf einer griechischen Ferieninsel, über gestrandete Menschen, die irgendwie störten und die schöne Urlaubsstimmung versauten. Die liberale britische Zeitung »Guardian« berichtete über die Zustände in Calais, wo Tausende Flüchtlinge immer wieder verzweifelt versuchten, auf Eurotunnel-Züge Richtung England aufzuspringen. Der britische Außenminister lamentierte über »marodierende Afrikaner, die unsere europäischen Sozialsysteme zerstören«. Der »Guardian« druckte dann einfach ein paar nüchterne Zahlen: Ca. 180 syrische Flüchtlinge waren es, die im United Kingdom bis zum Sommer Asyl fanden. Der kleine, kriegsgeschüttelte Libanon mit nur 4,5 Millionen Einwohnern nahm bislang

mehr als eine Million Kriegsflüchtlinge auf, die Türkei über zwei Millionen.

Wenig später las man von der griechisch-mazedonischen Grenze, von der serbisch-ungarischen, vom Bahnhof in Budapest – Zäune, Grenzen mal auf und mal zu, Züge die man mal durchließ und mal auch nicht, wie es dem ungarischen rechtspopulistischen Regierungspräsidenten Orban und osteuropäischen Behörden gerade so passte. Täglich neue Nachrichten: der LKW mit 71 toten Flüchtlingen, das Bild des toten Flüchtlingskinds Aylan Kurdi, das um die Welt ging.

Für manches gibt es gar keine Bilder. Eine Berliner Helferin erzählt, wie sie mit einer geflüchteten Mutter sprach und sie nach ihren Kindern fragte. Drei, sagte die Frau mit verlorenem Blick. Dann: zwei. Das dritte, ein Baby, das bei der Flucht übers Meer unentwegt schrie, hätten Schlepper schließlich ins Wasser geworfen. Es sind Geschichten, die man nicht in den Kopf kriegen will und kann.

Die Lage ändert sich stündlich, immer mehr Menschen kommen. Und überall in Deutschland bringen Menschen Nahrung, Kleidung, organisieren Unterkünfte; sie kommen und fragen, wie und wo sie helfen können. Sie ließen der Kanzlerin keine andere Wahl als ein Bekenntnis zur Hilfe. Vielleicht ist die »Festung Europa« auch damit nun ein bisschen geborsten – an dem Leid der Flüchtlinge und an der Hilfsbereitschaft vieler in Deutschland, die überall Initiativen und Netzwerke bildeten, um die Flüchtenden zu

unterstützen. Überwältigend ist die Empathie der meisten mit den Flüchtlingen – denn so viele in Deutschland kennen auch die Flüchtlingsgeschichten ihrer eigenen Eltern oder Großeltern.

Das weitere Geschehen lässt sich noch nicht absehen. Die Stimmung ist fragil. Bayern, wo die Hilfsbereitschaft enorm ist und so viele Menschen aufgenommen wurden, erklärte bereits, dass es jetzt an seine Grenzen stößt – das beginnt mit Unterbringungsmöglichkeiten, und man kann sich nicht ewig auf ehrenamtliche Helfer verlassen. EU, Politik und Verwaltung sind nun gefragt. Wo beginnt eigentlich in der deutschen Bürokratie das sogenannte »Großschadensereignis« – ein Wort für das, was die Welt derzeit erlebt.

Doch Populisten, Nationalisten, Rassisten, Pegida-Anhänger, Brandstifter sind nicht verschwunden – und man darf ihnen das Feld nicht überlassen.

Wir werden heftig darum kämpfen müssen, alle zu uns Kommenden wirklich aufzunehmen. Das geht nicht von selbst, und es wird nicht einfach. Zu uns kommen Menschen – keine Engelchen. Wir werden viele neue Anstrengungen unternehmen müssen: mit neuen Wohnungen, bei der Integration, in der Bildung.

Und vielleicht lernen auch die Nachbarländer. Die Schotten jedenfalls machen Mut: Beim Fußball-Länderspiel gegen Deutschland in Glasgow entrollten die Fans ein riesiges Transparent: »Refugees Welcome!«

cs/us

## Bildecke



Ch. Eckelt



# »Die Zustände waren unbeschreiblich«

*Täglich stranden Hunderte Flüchtlinge vor dem LaGeSo in Moabit. Seit Wochen sind ehrenamtliche Helfer im Einsatz*

Auch Menschen, die schon einiges gesehen haben, können bei diesem Anblick die Fassung verlieren.

Das Bild, das sich am 1. September auf dem GSZM-Gelände in Moabit bietet: Hunderte Flüchtlinge kampieren völlig erschöpft auf nacktem Boden, der von der heißen Augustsonne verbrannt ist. Manche Kinder sind übermüdet auf den Körpern ihrer Eltern eingeschlafen. Andere nehmen dankbar Becher mit Wasser oder einen Teller Suppe entgegen. Viele, die hier angekommen sind, haben oft unglaubliche Fluchtwege hinter sich, teils Tausende Kilometer. Sie kommen aus Kriegsgebieten, vor allem aus Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea. Und viele kommen nun auch aus Osteuropa.

Ehrenamtliche Helfer sind auf dem Moabiter Gelände unterwegs und teilen Verpflegung aus – das Allernotwendigste. Teils sind schon Zelte errichtet. Doch die reichen längst nicht für alle. Familien lagern im Freien, viele sind traumatisiert und apathisch. Fliegen und Wespen umschwirren den herumliegenden Müll, etliche Flüchtlingskinder sind völlig zerstoßen. Mütter gehen Essen holen für ihre Kinder, finden sie dann aber auf dem riesigen Gelände nicht wieder und rufen panisch nach ihnen. Es ist ein schreckliches Chaos.

Unzählige Menschen, vor allem jüngere Männer und Familienväter, warten an den rotweißen Absperrgittern, um sich bei der Erstaufnahmestelle des LaGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales) in Moabit als Flüchtlinge registrieren zu lassen. Sie brauchen eine Melde-nummer, die das LaGeSo vergibt – erst dann kann alles amtlich Notwendige weiter bearbeitet werden.

*»Die dachten zuerst, dass ich eine Wahnsinnige bin«*

Als Jutta Schauer-Oldenburg am 3. August, einem jener glühend heißen Sommertage, das Gelände betrat, war sie geschockt: »Was ich hier vorgefunden habe, war die Hölle.« Die 77-jährige Krankenschwester hat selbst viele Jahre auf dem Gelände des GSZM, des frü-



heren Krankenhauses Moabit gearbeitet. Sie ist immer noch sehr aktiv in Moabit, u.a. als Quartiersrätin. Sie rief gleich den rbb an, damit er über den Notstand berichtet; es war ein Hilferuf. »Die dachten zuerst, dass ich wahnsinnig bin«, sagt die pragmatische Frau. Dann konnte sich die Abendschau selbst von den Zuständen überzeugen und berichtete umgehend. Jutta Schauer-Oldenburg organisierte Hilfe. »Das LaGeSo war ja völlig überfordert.«

Fast täglich sitzt sie nun an einer ehrenamtlich organisierten Notaufnahme für kranke Flüchtlinge, wo wiederum viele Ärzte nach Dienstschluss oder in ihren Pausen ehrenamtlich im Einsatz sind, um die wichtigste Versorgung zu leisten – ohne Krankenschein.

*Kein Wasser bei 38 Grad im Schatten*

»Die Zustände hier waren unbeschreiblich. Die Menschen hatten in dieser Hitze nicht mal genug Wasser.« Simone Motzkus, die sich seit geraumer Zeit ehrenamtlich in Moabit engagiert und auch Flüchtlinge betreut, sah den Bericht in der Abendschau und war entsetzt. Sie packte am 5. August eilig Decken und andere Hilfsgüter zusammen, die sie aufreiben konnte, und verteilte sie umgehend auf dem Gelände. Ihr steigen heute noch Tränen in die Augen, wenn sie daran denkt, wie sie spätabends noch ein Mann um eine Decke bat – und sie hatte keine mehr. Als es um die dringend notwendige Wasserversorgung ging, weil es auf dem Areal nur eine kleine, versifftete Trinkstelle gab, hätten das LaGeSo und die Wasserbetriebe gesagt, sie müssten erstmal die Trinkwasserqualität prüfen, und das könne übers Wochenende dauern – bei 38 Grad. Simone Motzkus ist heute noch fassungslos. Ehrenamtliche Helfer spendeten dann Trinkwasser in Flaschen, die Flüchtlinge durften die lange Warteschlange zwischen den Absperrgittern nicht verlassen und waren umso dankbarer.

*»Schreiben Sie bitte darüber«*

Den ganzen August über war die Situation am GSZM in der Turmstraße katastrophal. »Wären die vielen ehrenamtlichen Helfer nicht hier, wäre hier alles längst kollabiert«, sagt Jutta Schauer-Oldenburg. Die Caritas ist vor Ort, die organisatorisch den Hut aufhat, auch die Johanniter, der Malteser Hilfsdienst; die Ärzte, das Technische Hilfswerk und unendlich viele engagierte Helfer von Bürgerinitiativen wie »Moabit hilft« oder »Neue Nachbarschaft«, die »Kiezmütter« – Frauen, die sich sonst um die Integration von Migrationsfamilien kümmern.

So sehr sich die ehemalige Krankenschwester über diese überwältigende Hilfsbereitschaft der Bürger freut, so sehr ärgert sie auch das lange Versagen der Landespolitik und der Ämter. »Der zuständige CDU-Sozialsenator Mario Czaja war hier ewig nicht zu sehen. Als er

sich dann doch mal Ende August auf dem Gelände sehen ließ, fragte er erstmal eine junge Frau, die sich insbesondere um die Flüchtlingskinder kümmert, ob denn auch richtig gegendert wird« – sprich, ob Mädchen und Jungen geschlechtergerecht behandelt werden.

Es klingt unglaublich, aber Jutta Schauer-Oldenburg ist viel zu pragmatisch, um sich so etwas auszudenken. Außerdem, so erzählt sie, habe es eine Anfrage vom Bezirksamt gegeben, deren Mitarbeiterin sich vor allem dafür interessierte, ob die »Kiezmütter«, die aus Landesmitteln gefördert werden, bei ihrer selbstlosen Hilfe auch keine »ungenehmigten Tätigkeiten« ausüben.

»Schreiben Sie darüber«, bittet Jutta Schauer-Oldenburg. Sie berichtet von Hochschwangeren, die hier ankommen und dringend Hilfe brauchen. Im provisorischen Aufnahmerraum sitzt neben ihr gerade eine völlig erschöpfte Frau mit akuter Lungenentzündung. Die ehrenamtlichen Helfer erleben auch, dass städtische Krankenhäuser nach einer ersten Notbehandlung die Leute einfach wieder direkt auf die Straße setzen. Die Straße – das ist vor allem das GSZM-Gelände in Moabit. Als es einen richtig schweren Regenguss im August gab, schnitt Jutta Schauer-Oldenburg auf dem Gelände mit ehrenamtlichen Helfern blaue Mülltüten mit der Schere auf, damit die Flüchtlingsfamilien nicht im Schlamm schlafen müssen.

*LaGeSo: »Medienteams sind ein großes Problem«*

Wir gehen ins Hauptgebäude des LaGeSo. Hunderte Flüchtlinge warten hier auf ihre Registrierung, drängen sich in den hoffnungslos überfüllten Fluren und Warteräumen. Ein LaGeSo-Mitarbeiter fängt uns hektisch ab, er hat die Kamera unseres Fotografen bemerkt: »Viele Medienteams, das ist ein großes Problem.« Wir sollten uns erstmal bei der Pressestelle anmelden. Wir schauen in den Flur, der vollkommen überfüllt ist mit wartenden Flüchtlingen – während draußen etwa vier oder fünf Journalisten-Teams unterwegs sind. Dann fragen wir uns und den LaGeSo-Mann, ob er hier nicht gerade ein ganz anderes großes Problem hat als ein paar Presseleute.

Das lange Versagen der Senatspolitik, des zuständigen Senators und des ihm unterstellten LaGeSo-Amtes verschlug vielen der ehrenamtlichen Helfer den Atem – wenn sie vor lauter Arbeit überhaupt noch welchen hatten. Der zuständige Senator Mario Czaja weilte im Urlaub und reagierte nicht. Mittes Bezirksbürgermeister Christian Hanke schrieb ihm schließlich im August einen eindringlichen öffentlichen Brandbrief – dafür wird er von vielen im Bezirk gelobt. Auch Jutta Schauer-Oldenburg und Simone Motzkus waren beeindruckt. Hanke rief auch sofort auf Motzkus' telefonischen Hilferuf zurück.

Es dauerte aber noch etliche Tage, bis der zuständige CDU-Sozialsenator nach Hankes Brandbrief endlich in die Gänge kam.

*Security: ein Subunternehmen*

An diesem Nachmittag Anfang September brodelte es auf dem LaGeSo-Gelände. Eine Hundertschaft Polizisten rückt mit Blaulicht an. Grund ist ein Tumult – etliche aufgebrachte Flüchtlinge haben sich versammelt, einige drängen ins Hauptgebäude. Viele von ihnen warteten schon seit Tagen auf eine Registrierung, und mehrere berichten unabhängig voneinander, dass manche Security-Leute von den Flüchtlingen auch noch Geld dafür kassieren, damit sie in der langen Warteschlange vorgelassen werden.

Das LaGeSo hat die Firma Gegenbauer mit dem Wachschatz auf dem Gelände beauftragt – und diese wiederum ein privates Subunternehmen, das die Situation unter Kontrolle halten soll. Deren Beschäftigte sind meist junge, kräftige, aber psychologisch und wohl auch sonst nicht geschulte Männer, die oft zwar arabisch sprechen, aber den-

noch nicht gerade zur Entspannung der Lage beitragen. Sie gehen teils sehr rabiat vor.

Immerhin kann an diesem Tag die Polizei die Lage mit einem umsichtigen Einsatz deeskalieren.

*Es mangelt an Unterkünften*

Es ist für alle nicht einfach. Das Amt ist völlig unterbesetzt und überfordert – der CDU-Senator Mario Czaja ist allerdings sehr eindeutig überfordert.

Viele, vor allem auch ehrenamtliche Helfer, versuchten in Moabit mit einem beeindruckenden Netzwerk, den Flüchtlingen, die vom LaGeSo nicht unterbracht werden können, wenigstens Notunterkünfte zu verschaffen. Das hilfsbereite »Haus der Weisheit« in Moabit stellte sogar seine Moschee als Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung und nahm etliche Flüchtlinge auf, egal welchen Glaubens. Inzwischen hat das LaGeSo zwei weitere Zelte auf der Turmstraße 22 aufbauen lassen. Doch am Abend, wenn das Amt die Tore zum Gelände schließen lässt, nächtigen immer noch zahlreiche Flüchtlinge im Kleinen Tiergarten, manche kampieren direkt an der Turmstraße. Täglich treffen jetzt nach Aussage des LaGeSo 400 bis 500 Flüchtlinge ein – allein in Moabit. An einem Wochenende Anfang September waren es 3900 in ganz Berlin. Am zweiten September-Wochenende könnten bis zu 50.000 Menschen in ganz Deutschland eintreffen.

Jutta Schauer-Oldenburg findet die unglaubliche Spenden- und Hilfsbereitschaft, den Einsatz der vielen Freiwilligen überwältigend. Aber nicht nur sie macht sich auch Sorgen, dass die Stimmung irgendwann auch umkippen könnte, wenn sie sich von der Politik im Stich gelassen fühlen. Viele ehrenamtliche Helfer sind längst am Rand ihrer Belastbarkeit.

Immerhin: Bislang hatten die Rechtsextremisten zumindest in Moabit keine Chance. Als die NPD neulich einen Mini-Aufmarsch an der Turmstraße versuchte, erschienen vielleicht zehn ihrer Anhänger – dafür aber über hundert Gegendemonstranten. Der NPD-Lautsprecherwagen mit Sprechern und Musik war kaum zu hören. Er wurde einfach vom Glockengeläut der Heilandskirche übertönt.

*Ulrike Steglich*

*Wer helfen möchte, kann sich hier informieren:*

[www.fluechtlingsrat-berlin.de/mitarbeit.php#Willkommen](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/mitarbeit.php#Willkommen)







## »Das sind keine Peanuts mehr«

*Wohnungsnot und gleichzeitig mehr als 23.000 Ferienwohnungen – nun plant der Senat eine Gesetzesnovelle*

Seit mehreren Jahren ist das Thema virulent: Immer mehr Wohnungen in Berlin wurden dem regulären Mietmarkt entzogen, weil sie von geschäftstüchtigen Vermietern als lukrative Feriendomizile vermarktet wurden. Die Branche boomte, weil die Touristenzahlen von Jahr zu Jahr stiegen. Doch gleichzeitig wuchs auch der Wohnungsnotstand in der Hauptstadt – es mangelt insbesondere an bezahlbaren Mietwohnungen, die auch wegen des Ferienwohnungsgeschäfts nicht mehr zur Verfügung stehen.

Deshalb hat der Senat vor gut einem Jahr wieder das »Zweckentfremdungsverbotsgesetz« in Berlin eingeführt. Die Umnutzung von Wohnungen zu gewerblichen Zwecken – egal, ob zu Ferienwohnungen oder sonstigen Gewerberäumen – bedarf seitdem einer besonderen Genehmigung durch die Bezirke. Wer die Umnutzung von Wohnungen nicht anmeldet, riskiert eine Geldbuße von bis zu 50.000 Euro. Für bereits bestehende Ferienwohnungen gibt es eine Übergangsfrist. Noch zehn Monate lang können Eigentümer Ferienwohnungen anbieten – danach ist Schluss, wenn sie die Zweckentfremdung nicht zwingend begründen können.

### Absurder Datenschutz

Doch auch die bestgemeinten Gesetze bringen nichts, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Stephan von Dassel, Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste in Mitte (Bündnis 90), engagiert sich seit langem dafür, dass das Zweckentfremdungsverbot auch umgesetzt wird. Monatlang hatte er im letzten Jahr dafür gekämpft, im Bezirksamt Mitte eine gebündelte »Task Force« für alle Bezirke einzurichten. Die Idee war, dass die Berliner Bezirke alle 34 Mitarbeiter, die sie für die Bearbeitung von Zweckentfremdungsfällen haben, in seiner Behörde zusammenfassen, um effektiver zu arbeiten. Doch das scheiterte am Veto von SPD und CDU im Bezirk Mitte. Dennoch geht von Dassel hartnäckig gegen die Zweckentfremdung vor. Dafür muss die Behörde ermitteln, welche Wohnungen überhaupt betroffen sind. Doch was für Touristen gar kein Problem ist – einfach das Internet mit seinen Angebotsportalen zu durchforsten –, wurde für die Behörde zum Problem. Denn nun grätschte der Landesdatenschutzbeauftragte des Senats dazwischen: Bezirke dürften nicht im Internet nach Ferienwohnungen suchen, weil es sich um »personenbezogene Daten« handele. Willkommen in Absurdistan.

Von Dassel gab nicht auf, beauftragte ein Experten-Gutachten und sieht sich nun in Sachen Datenschutz bestätigt. Bei den Daten handele es sich nicht um personenbezogene, sondern um Sachdaten, die Erhebung sei rechtmäßig. Ebenso rechtmäßig sei es, eine externe Firma mit der Datenrecherche zu beauftragen, die dann ihre Ergebnisse an den Bezirk übergibt. Anschließend beauftragte der Stadtrat eine Firma mit der Datenerhebung. 15 Online-Portale für Ferienwohnungen wurden ausgewertet und damit etwa 95 % aller Online-Angebote erfasst.

### Viel mehr als angenommen

Die Ergebnisse sind deutlich, wie die beauftragte Untersuchung zeigt: In Berlin werden derzeit ca. 23.000 Ferienwohnungen online angeboten. Der Senat war zuvor von lediglich 12.000 Ferienwohnungen ausgegangen.

Wenig überraschend ist, dass sich die meisten dieser Ferienwohnungen in bester Innenstadtlage befinden – in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg oder Pankow.

Allein in Mitte wurden durch die Online-Recherche bislang über 4800 Wohnungen erfasst (die sich allerdings auch in Gewerbe-Gebäuden befinden könnten). Doch davon wurden bislang nur ca. 1550 offiziell angemeldet und bestätigt – bei weiteren fehlen Unterlagen, so dass die Genehmigung nicht erteilt werden konnte. Stadtweit wurden lediglich ca. 6300 Wohnungen offiziell gemeldet – von mehr als 23.000 angebotenen Ferienwohnungen, die man über das Internet finden kann. Der Handlungsbedarf ist also groß.

»Es gibt derzeit in Mitte wenige laufende Genehmigungsanträge«, sagt Stephan von Dassel. Was wohl bedeutet, dass viele Eigentümer hoffen, unentdeckt und ohne Prüfung das illegale Geschäft weiter betreiben zu können. »Der Bestandsschutz läuft am 1. Mai 2016 aus. Einen Antrag auf neue Zweckentfremdung darf man jederzeit stellen, aber man darf sie nicht ungenehmigt durchführen«, sagt von Dassel. Problematisch war jedoch von Anfang an, dass die zuständigen Bezirksämter ab Mai 2016 nur eine kurze Bearbeitungsfrist haben – ansonsten gelten die Anträge automatisch als genehmigt. Von Dassel vermutet deshalb, dass viele Eigentümer einfach auf Zeit spielen. Ohnehin fand er das Gesetz, so wie es 2014 beschlossen wurde, sehr bearbeitungsbedürftig. Auch die zusätzlichen Mitarbeiter, die der Senat bewilligt hatte, seien deutlich zu wenig.

### Notfalls auch Beschlagnahme

Nun will der Senat das Gesetz noch in diesem Jahr tatsächlich nachbessern – sowohl beim Datenschutz als auch bei Anmelde- und Bearbeitungsfristen.

Für Stephan von Dassel wäre das ein Erfolg. Er fordert nochmals alle Eigentümer auf, illegale Vermietungen sofort einzustellen und die Wohnungen wieder dem regulären Mietwohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen. Eine verspätete Meldung an das Bezirksamt sei »besser als gar keine« und hat auch Einfluss auf die Bußgeldhöhe.

Auch vor dem aktuellen Hintergrund sieht er Dringlichkeit: »Wir brauchen Wohnungen für Flüchtlinge und Obdachlose. Notfalls würde ich auch vor einer Beschlagnahme nicht zurückschrecken. Das sind keine Peanuts mehr.« Schließlich würden rein rechnerisch schon die gemeldeten Ferienwohnungen reichen, um alle Obdachlosen und Flüchtlinge mit Wohnraum zu versorgen, die der Bezirk Mitte jetzt in Heimen oder Hostels unterbringen muss.

Ulrike Steglich

# Ärger ums A&O-Hostel

*Der Runde Tisch Köpenicker Straße sucht nach Lösungen*



»Michael-Kluge-Straße«: Seit diesem Frühjahr prangt ein neues Straßenschild an der Adalbertstraße hinter dem A&O-Hostel. Mit dieser Benennung eines rückwärtigen, privaten Grundstücksteils wollte das 1600-Betten-Hostel anlässlich des 15-jährigen Firmenjubiläums einen seiner Firmengründer und Hauptinvestoren ehren. Ob Kluge sich tatsächlich an der öffentlichen Zurschaustellung seines Namens erfreut, weiß man nicht: Doch die Nachbarschaft regt sich darüber zunehmend auf. Denn die sogenannte »Straße« ist in Wirklichkeit eine Müllsammelstation.

Zwei große Müllpressen stehen für das Hostel in der Adalbertstraße bereit, die zweimal am Tag in Gang gesetzt werden. »Das ist kein Gehweg, sondern eine Mülldeponie«, sagen Anwohner und protestierten am Runde Tisch Köpenicker Straße gegen die Zustände.

Sven Pflüger, Geschäftsführer des A&O-Hostels Mitte, erklärt: »Wir haben wegen der Beschwerden der Anwohner feste Zeiten eingeführt, damit die Lärmbelästigung eingeschränkt wird. Nur jeweils zwischen 12 und 14 Uhr sowie zwischen 18 und 20 Uhr werden die Pressen betätigt. Es fällt bei uns aber soviel Müll an, dass wir anders nicht zurecht kommen.« Das hat jedoch zur Folge, dass in der Zwischenzeit der angesammelte Müll in der Presse auf Pfandflaschen hin durchwühlt wird – und der Gehweg dann auch entsprechend aussieht. Jetzt sollen die Pressen umzäunt und mit Sichtschutz versehen werden. Ob das die Pfandflaschensammler nachhaltig abschrecken wird?

»Eigentlich würden wir die Pressen lieber deutlich weiter hinten in einem abgeschlossenen Areal unterbringen. Das geht aber nicht, weil die LKWs dort nicht rangieren können«, sagt Sven Pflüger. Tatsächlich verhindert das benachbarte Schulgelände in der Adalbertstraße hinter dem Hostel die Durchfahrt. Das Hostel würde deshalb gern einen Teil des Schulgeländes vom Bezirk erwerben – ein entsprechender Antrag wurde jedoch versagt, weil die Schule ja wieder hergerichtet werden soll und der Schulhof schon jetzt eigentlich zu klein ist. Möglicherweise könnte man im Interesse der Anwohner auch ein Tauschgeschäft vornehmen: Es geht schließlich nur um wenige Quadratmeter, die man an anderer Stelle dem Schulhof wieder zuführen könnte. Das soll jetzt geprüft werden.

Der Ärger der Anwohner rührt aber auch daher, dass sich die Müllpressen früher im Innenhof des Hostels befanden und erst nach den jüngsten Umbauarbeiten nach außen wanderten. »Wieso wurde so etwas genehmigt?«, wird gefragt. Und überhaupt: »1600 Betten sind

viel zu viel für dieses vergleichsweise kleine Grundstück in der Innenstadt, das geht nur auf Kosten der Nachbarschaft!« Die Genehmigungen gehen noch auf die Zeit vor der Festsetzung des Sanierungsgebiets zurück und sind rechtlich korrekt. Fluchtwege und Brandschutz spielten damals eine Rolle – die Frage jedoch, ob die Nachbarschaft eine so große Menge von Touristen verkraftet, jedoch noch nicht.

Die Geschäftsführung des Hostels bemüht sich, die Belastung möglichst gering zu halten: »Nachts geht unsere Security jede Viertelstunde auf Streife und schickt die Gäste von der Köpenicker oder der Adalbertstraße auf den Hof oder ins Haus. Die Fenster sind jetzt gesperrt, so dass kaum noch Lärm herausdringen kann. Wir haben sogar neue Müllwagen mit Luftdruckreifen angeschafft, damit die nicht mehr so laut klappern«, erklärt Sven Pflüger. Die Müllpressen wieder in den Innenhof zu holen, kann er sich nicht vorstellen: »Da stehen jetzt die Rollstuhlrampe und die Garageneinfahrt im Weg.«

Ständiges Ungemach bereiten auch die Auswirkungen des Hostels auf den Verkehr. Viele Reisegruppen kommen mit Bussen, die regelmäßig die Köpenicker Straße oder ihr Umfeld blockieren. Oft warten dort die Busse nur darauf, am Hostel vorzufahren und ihre Kundenschaft aus- oder einzuladen. Das könnten sie aber genauso gut am offiziellen Busparkplatz am nahegelegenen Ostbahnhof. »Ich kann nicht jedem einzelnen Busfahrer hinterherlaufen«, entschuldigt sich Pflüger: »Wir informieren sie, aber wir können nicht kontrollieren, ob sie sich tatsächlich an unseren Rat halten.« Das Verkehrskonzept für die Nördliche Luisenstadt, das derzeit noch von der Stadtteilvertretung diskutiert wird, sieht am Hostel die Einrichtung von Busladezonen vor. Die müssten dann allerdings auch noch gebaut werden.

Für Michael Kluge war das Investment ins Hostelgewerbe übrigens ein Bombengeschäft. Im Jahr 2000 mit 164 Betten in Friedrichshain gestartet, verfügt das Unternehmen inzwischen über rund 20.000 Betten in 18 mitteleuropäischen Städten. Für dieses Jahr erwartet sie einen Umsatz von 93 Millionen Euro bei 3,2 Millionen Übernachtungen.

Der nächste Runde Tisch Köpenicker Straße findet am Montag, dem 2. November, um 11 Uhr im Stadteilladen »dialog 101« (Köpenicker Straße 101) statt. Um 10.30 Uhr wird ein Kurzfilm von Bernd Hannusch über die Situation im Gebiet gezeigt.



## Anwohnermeinung zum »Wilden Berlin«

Offener Brief von Anwohnern der  
Köpenicker Straße 104–114 an  
Senator Andreas Geisel

Sehr geehrter Herr Senator Geisel,

in der Presse, Berliner Zeitung vom 4. Juni 2015, lassen Sie im Zusammenhang mit dem Clubkataster verlauten, dass Sie erreichen möchten, dass Berlin spannend und wild bleibt.

Da dieses »Wild bleiben« offensichtlich mit einem Schutz der Clubszene einhergehen soll, gibt es von unserer Seite erhebliche Vorbehalte, die wir bitten, bei Ihren weiteren Entscheidungen zu bedenken.

Als wir in die Wohnanlage der WBM, Köpenicker Straße 104–114 einzogen, gab es das Heizkraftwerk Berlin Mitte gegenüber der Köpenicker Straße 104–114 und den erheblichen Verkehrslärm dieser stark befahrenen Durchgangsstraße. Für Berlinbesucher gab es wenig Anreiz, dieses Areal zu besuchen. Unsere Nachtruhe war bei offenen Fenstern möglich.

Mit der Einrichtung der Clubs, Diskotheken, Bars, Gartenrestaurants, Imbissbuden und des Hostels sowie immer mehr Spätverkaufsstellen in der Brückenstraße wurde diese Ruhe immer mehr beeinträchtigt. Eine ungestörte Nachtruhe ist nun auch bei geschlossenen Fenstern oft nicht mehr gewährleistet.

In der Pressemitteilung heißt es sinngemäß: Wenn der Geräuschpegel eines Clubs, einer Bar oder einer Diskothek für die Anwohner unerträglich sei, müsse der Hauseigentümer bzw. Investor für besseren Schallschutz sorgen. Das ergibt doch bezüglich der Verantwortlichkeiten eine völlig neue Situation. Die oben genannten Einrichtungen bilden doch die Grundlage für das »Wildsein« in Berlin. Der Wirtschaftsfaktor wird hierbei besonders betont. Dabei ist es uns unverständlich, dass wirtschaftliche Faktoren über das Ruhebedürfnis der Bevölkerung gestellt werden sollen.

Die Clubkommission argumentiert, Bürger und Clubszene hätten die gleichen Interessen. Das ist ein Trugschluss! Es handelt sich um privatwirtschaftlich organisierte Betriebe mit einem klar definierten Zielpublikum, das nur einen kleinen Teil der Bewohner der



Stadt einschließt, und anders als große und zwangsläufig laute Verkehrsstraßen, mit denen jede Stadt leben muss, gehören sie nicht zur Daseinsvorsorge.

Viele Besucher der Clubszene benutzen den öffentlichen Raum in völlig eigennütziger Weise ohne jegliche Rücksichtnahme!

Unsere Parks, Grünflächen und Straßen sind meist in einem ungepflegten Zustand. Einige Bahnhöfe in der Nähe der Feiermeile und deren Zugänge sind besonders nachts und in der Frühe von Dealern, Trinkern, Rauchern und lärmenden Menschengruppen bevölkert, Beispiel Heinrich-Heine-Straße.

Unsere Wohnanlage Köpenicker Straße 104–114, wird nicht nur bei Veranstaltungen im Umfeld als Übernachtungsraum, Bedürfnisanstalt und Drogenumschlag genutzt. Das hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen.

2012 hat Bezirksbürgermeister Dr. Hanke, als Reaktion auf die Anwohnerproteste, den Runden Tisch Köpenicker Straße initiiert. Seitdem versuchen wir, die geschilderten Belastungen zu mildern. Bisher mit nur mäßigem Erfolg.

Wir hätten nichts gegen Clubs, Bars, Diskotheken, Spätis usw. – wären da nicht die Gäste- und Besucherströme. Eine Erweiterung bzw. Ausdehnung dieser Szene darf es keinesfalls geben. Ebenso ist eine Ausweitung des Event- bzw. Messestandortes »Kraftwerk« sowohl für die Anwohner als auch die Verkehrsteilnehmer bei Veranstaltungen eine Zumutung. Es wäre auch zu klären, wie die Clubkommission ihre Betreiber und die Beherbergungseinrichtungen verpflichten kann, sich an den Kosten für die Lärmreduzierung und die Sauberhaltung der Grünanlagen zu beteiligen.

Alle wissen, Lärm ist gesundheitsschädlich – doch wenn man damit Geld verdienen kann ...

Sehr geehrter Herr Senator Geisel, wir, die Anwohner, möchten Sie herzlich bitten, bei Ihren Entscheidungen auch unsere Befindlichkeiten zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen,  
die Anwohnerinnen und Anwohner im  
Umfeld der westlichen Köpenicker Straße.  
(unterschrieben von mehr als 40 Anwohnern)

### Ausstellung: Verlorene Gotteshäuser

Noch bis zum 29. November ist in der St.Thomas-Kirche am Mariannenplatz die Ausstellung »St. Nirgendwo – Verlorene Gotteshäuser in der Berliner Mitte« zu sehen. Der Bürgerverein Luisenstadt erinnert damit an mehr als zwanzig Kirchen und Synagogen, die im 20. Jahrhundert in Berlin zerstört oder abgerissen wurden. Im historischen Stadtgebiet zwischen Brandenburger Tor, Torstraße, Warschauer Brücke und Halleschem Tor erinnern gegenwärtig nur noch wenige Kunstwerke und Gedenktafeln an die Bauwerke. Auf großen Stelltafeln, mit Fotos, Plänen und Geschichtsdarstellungen wird nun in der Thomaskirche an jene Kirchen und Synagogen erinnert, die während des 2. Weltkriegs zerstört worden waren. Die Ausstellung wurde von einer Arbeitsgruppe des gemeinnützigen Bürgervereins Luisenstadt erarbeitet.

Ausstellung in der ev. St.Thomas-Kirche,  
Bethaniendamm 23-27, Mo-Fr, 11-14 Uhr, Sa  
11-16 Uhr

# Luise und Napoleon

## Die Luisenstadt verdankt einer preußischen Königin ihren Namen

Könige, Prinzen, Goethe, das ganze Volk Preußens waren ihr verfallen. Die Bürger des Köpenicker Viertels von Berlin setzten 1802 durch, dass ihr Stadtteil nach Luise von Mecklenburg-Strelitz den Namen Luisenstadt erhielt. Friedrich Ludwig Müller schreibt über sie: »Ein Wetterleuchten der Weltgeschichte lang ist sie, wie niemand sonst, Preußen in seiner besten Verkörperung.«

Preußens finsterste Stunde bricht am Morgen des 25. Juni 1807 an, als sich zwei Männer auf den Mund küssen. Der französische Kaiser Napoleon I. und der russische Zar Alexander I. stehen auf einem Floß in der Mitte des Flusses zwischen Russland und Preußen, der Fluss ist die Memel und es regnet in Strömen.

Der preußische König Friedrich Wilhelm III. (»Unser Dämel sitzt in Memel« wird über ihn gespottet) muss den männlichen Zärtlichkeiten vom Ufer aus zusehen. Er ist vom Rendezvous zur Zukunft Preußens ausgeschlossen. Damit er nicht durchnässt, hat man ihm einen russischen Militärmantel umgelegt.

Napoleon will Preußen abstrafen und ihm alle Provinzen westlich der Elbe und alle Gebiete in Polen nehmen, die Hälfte des Staatsgebiets. Dazu muss das kleine Land 150 Millionen Franc Kriegsschulden zahlen. Bis zur Begleichung der horrenden Rechnung sollen die Festungen Stettin, Küstrin und Glogau französisch besetzt bleiben. Friedrich Wilhelm III. ist wirklich nicht die hellste Leuchte am Stammbaum der Hohenzollern – er ist schüchtern, verschlossen und stottert. Bekannt wurde er durch die Liebe. Da hatte er mit Luise, der die Luisenstadt ihren Namen verdankt, das große Los gezogen.

Der russische Zar Alexander I. bittet Luise: »Die Dinge stehen nicht gut, alle unsere Hoffnungen ruhen auf Ihnen. Nehmen Sie es auf sich und retten Sie den Staat!« Auch für ihren Mann ist sie die letzte Hoffnung Preußens.

Ausgerechnet Luise, für die Napoleon der Teufel ist, »der sich aus dem Kot heraufgeschwungen hat«, soll nun das Schlimmste abwenden und nach Tilsit kommen, um den Usurpator milder zu stimmen. Trotz Schwangerschaft und befürchteten Blutungen reist sie zehn Stunden in der miserabel gefederten Kutsche, die mehrmals fast umkippt.

Es ist der 7. Juli, vier Uhr nachmittags. Empfangen wird Napoleon von der Gräfin von Voss, Luises Anstands dame. Sie sieht in Napoleon einen »auffallend hässlichen Menschen mit einem dicken aufgedunsenen Gesicht, korpulent und klein – ganz ohne Figur« mit großen, unheimlich rollenden Augen. Nur Mund und Zähne findet sie schön. Luise dagegen erscheint der Kopf Napoleons dämonisch attraktiv.

Vielleicht ist sie in ihrem weißen mit Silber bestickten Kleid mit weißem Schal und Perlenkette schöner als je zuvor. Der Herrscher über Europa, der auf dem Höhepunkt seiner Macht steht, ist von dem Anblick verwirrt und versucht sich in Smalltalk. Wo das Crêpe ihres Kleids hergestellt ist, will er wissen.

Es sei aus Berlin, erwidert Luise, aber es sei wohl jetzt kaum angebracht, über derlei Nebensächlichkeiten zu sprechen. Napoleon ist verblüfft und verärgert:

»Wie konnte es Preußen wagen, sich mit Frankreich zu messen!« Luise findet die richtigen Worte für den Feldherrn:

»Sire, der Ruhm Friedrichs des Großen hat uns über unsere Mittel getäuscht.« Sie bittet Napoleon, ihnen doch wenigstens die seit Jahr-



hundertern zu Preußen gehörenden Provinzen wie Magdeburg zu verlassen. Sie erreicht viel, denn Napoleon sagt: »Ich werde mir das überlegen.« Er will sogar noch weitere Zugeständnisse machen, aber da stürzt Luises eifersüchtiger Ehemann ins Zimmer und verhindert so eine Abmilderung der Friedensbedingungen.

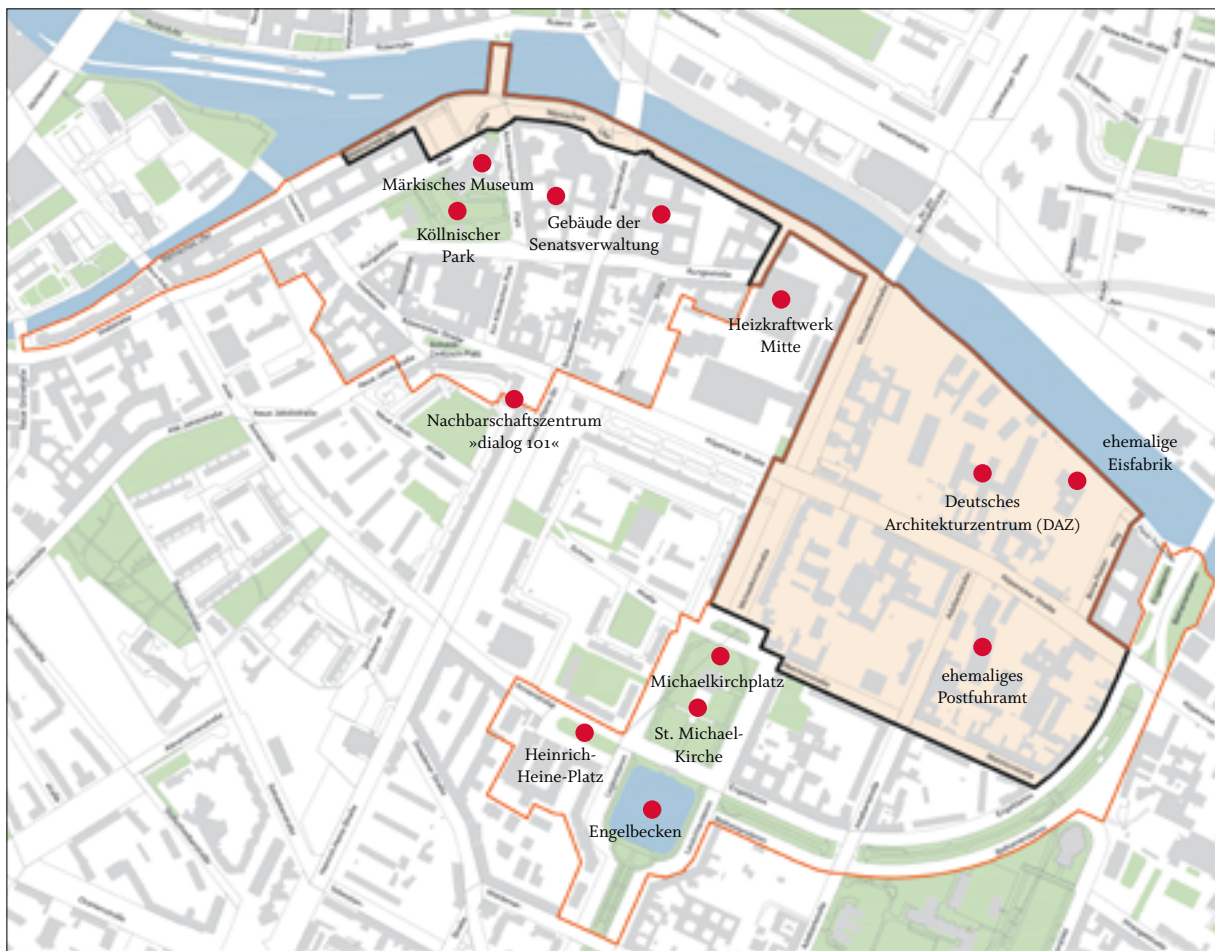
Während Napoleons Äußerungen über Friedrich Wilhelm III. nicht sonderlich schmeichelhaft sind, zeigen seine Worte über Luise, wie sehr sie ihn beeindruckt hat:



»Die Königin von Preußen ist eine reizende Frau, ihre Seele entspricht ihrer Gestalt. Auf Ehre, anstatt ihr eine Krone zu nehmen, möchte man versucht sein, ihr eine zu Füßen zu legen.« Auf einen Bittbrief von ihr über die harten Exilbedingungen mildert Napoleon diese ab und das Königspaar darf ins Königsberger Schloss umziehen. Luise kann am 23. Dezember 1809 von dort im Triumphzug nach Berlin zurückkehren. Doch sie hat nur noch ein halbes Jahr zu leben.

Falko Hennig

Der Autor täglich zum Stadtspaziergang »Buddha vorm Taj Mahal« (2h, € 10,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11, 15 und 20 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich 0176-20 21 53 39.





 Sanierungsgebiet  
 Nördliche  
 Luisenstadt  
  
 Erhaltungsgebiete

## Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,  
Stadtentwicklungsamt,  
Fachbereich Stadtplanung  
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin  
 Amtsleitung: Kristina Laduch,  
 Tel 901 84 58 45  
[kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de](mailto:kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de)

Sanierungsverwaltungsstelle  
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)  
 Tel 901 84 58 53  
[reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de](mailto:reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de)  
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57  
[anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de](mailto:anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de)  
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21  
[wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de](mailto:wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de)

Betreuung Programm Städtebaulicher  
Denkmalschutz beim Bezirksamt  
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79  
[birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de](mailto:birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung  
und Umwelt  
 Referat IV C – Stadterneuerung  
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin  
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung  
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19  
[joachim.hafen@senstadtum.berlin.de](mailto:joachim.hafen@senstadtum.berlin.de)

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)  
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung  
 und Projektmanagement – KoSP GmbH  
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin  
[www.kosp-berlin.de](http://www.kosp-berlin.de)  
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,  
[bachmann@kosp-berlin.de](mailto:bachmann@kosp-berlin.de)  
 René Uckert, Tel 33002833,  
[uckert@kosp-berlin.de](mailto:uckert@kosp-berlin.de)

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt  
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat  
 um 18.30 Uhr, Stadteilladen Dialog 101,  
 Köpenicker Straße 101,  
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,  
 Tel 275 47 69, mail: [vhobrack@gmx.de](mailto:vhobrack@gmx.de)  
 bzw: [bv.luisenord@gmail.com](mailto:bv.luisenord@gmail.com)  
[www.luise-nord.de](http://www.luise-nord.de)

Bürgerverein Luisenstadt  
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,  
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08  
[buero@buergerverein-luisenstadt.de](mailto:buero@buergerverein-luisenstadt.de)  
[www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de)  
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr